

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

18.12.1919 (No. 296)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 952, 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
E. K. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunsche  
Hofbuch  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Zeitungspreis: vierteljährlich 6 A 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Postgebühren 6 A 90 P — Einzelnummer 16 P — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 30 P zuzüglich 20 % Leveragezuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Anforderschriften fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausfall des Druckes, Betriebsstörungen im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anker keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird kein Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Das erste große ländl. Siedelungsunternehmen in Baden.

zur Durchführung der neuen großen Aufgaben auf dem Gebiete des Siedelungswesens, in Sonderheit zur praktischen Durchführung der Siedelungsarbeiten des Reiches und des Staates wurde im Juni 1919 vom Arbeitsministerium die Badische Siedelungs- und Landbank G. m. b. H. gegründet.

Von dem 3426 000 M. betragenden Gesellschaftskapital wurden 2 Millionen vom Staat zur Verfügung gestellt. Das übrige Kapital ist von der Landwirtschaftskammer, den Kreisen und Gemeinden aufgebracht worden. Wie die Zusammenlegung der Gesellschaften, so gibt selbstverständlich auch die des Aufsichtsrats jede Gewähr für die strenge Wahrung des öffentlichen Interesses.

Dank der Förderung durch die beteiligten amtlichen Stellen hat nach längerer sorgfältigen Vorbereitungen die Siedelungs- und Landbank an die Durchführung ihres ersten großen Siedelungsunternehmens herantreten können. Es handelt sich um die Ausrichtung von rund 560 bis 600 Hektar des Hagenschwaades bei Forstheim. Nach den eingeholten Gutachten von Sachverständigen ist dieses Gelände für landwirtschaftliche Benutzung besonders geeignet. Im Laufe der nächsten Jahre soll hier ein ganzes Dorf, bestehend aus mittelgroßen Bauernhöfen und Kleinsiedlerstellen entstehen. Das Finanzministerium, das ebenso wie das Arbeitsministerium und das Ministerium des Innern im Aufsichtsrat der Siedelungs- und Landbank vertreten ist, ermöglicht durch günstige Verkaufsbedingungen die neue Siedlung vorbildlich für spätere Unternehmungen auszugestalten. Etwas über die Hälfte des Unternehmens kommen zum größten Teil wieder dem badischen Staat zugute.

Die Durchführung des Siedelungsunternehmens wird der Siedelungs- und Landbank zugleich die Möglichkeit geben, im kommenden Jahre den Holzmarkt zu befestigen, unter dem im verflochtenen Jahre gerade die Bautätigkeit fortgesetzt zu werden hatte. Das Holz hat auch eine Menge Brennholz abfallen wird, ist in dieser brennstoffreichen Zeit besonders zu begrüßen. Das Holzfall hat bereits vor einigen Wochen begonnen. Es sind ungefähr 120 Mann, darunter auch bisher Arbeiter, im Werke beschäftigt. Möge es der Siedelungs- und Landbank gelingen, dieses erste große Unternehmen so zu fördern, wie es die zahlreichen Siedelungslustigen, die sich daraufhin bereits bei ihr gemeldet haben, erhoffen.

#### Der Ausweis der Beamten des Landespreisausschusses.

In letzter Zeit haben Personen unbefugter Weise unter dem Vorwande, Beamte des Landespreisausschusses zu sein, Wirtschaft- und Stellenkontrollen vorgenommen. Es wird deshalb erneut darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche mit derartigen Kontrollen beauftragte Beamten des Landespreisausschusses im Besitze des nachfolgend näher beschriebenen Ausweises sein müssen, und daß es sich bei allen andern Personen, die diesen Ausweis nicht besitzen und sich als Beauftragte des Landespreisausschusses ausgeben, um Schwindler handelt.

Bad. Landespreisausschuss.

(Ort) ....., den ..... 19 ..

Amtlicher Ausweis.

..... (Name) .....

ist berechtigt Beauftragter des Badischen Landespreisausschusses und berechtigt:

von jedermann über alle Tatsachen Auskunft zu verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit sind;

Räume, in denen Lebensmittel oder Bedarfsgegenstände hergestellt, gelagert oder feilgehalten werden, zu besichtigen;

derselbe ist außerdem Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft und zur Durchsicht, Beschlagnahme und Festnahme berechtigt.

Bad. Landespreisausschuss

Zweigstelle:

Zentrale

..... (Ort) .....

Dr. Gecht.

Unterschrift des Leiters der Zweigstelle.

Auf der linken Seite des Ausweises muß sich eine Photographie des Ausweisinhabers und ein Stempel „Bad. Landespreisausschuss, Zweigstelle ..... (Ort)“ befinden.

#### Die neue Verordnung über Branntwein.

Der Reichswirtschaftsminister hat mit Verordnung vom 1. Dezember 1919 über Branntwein die Verordnungen über Aufhebung der Trinkbranntweinerzeugung vom 31. März 1915, über Regelung des Verkehrs mit Branntwein vom 16. April 1916, über Branntwein aus Wein vom 9. Januar 1917 und über den Verkehr mit Branntwein aus Klein- und Großbrennereien vom 24. Februar 1917 nebst den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen aufgehoben. Die Erhebung der laufenden Gebühren der Reichsbranntweinsteuer erfolgt durch die Reichsmonopolverwaltung. Die Vorschriften in § 19 der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Branntwein vom 15. April 1916 und in

den §§ 13—18 der Ausführungsbestimmungen vom 22. April 1916, welche die Einfuhr von Branntwein aus dem Ausland regeln, bleiben mit folgender Maßgabe in Kraft:

1. An Stelle der Spirituszentrale tritt die Reichsmonopolverwaltung.

2. Der Abnahmepreis für den übernommenen Branntwein wird durch die Reichsmonopolverwaltung endgültig festgesetzt.

3. Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten und der Reichsmonopolverwaltung über Lieferung, Behandlung, Aufbewahrung, Veräußerung und Eigentumsübergang ergeben, entscheidet endgültig ein nach § 139 des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1915 zu bestellendes Schiedsgericht.

#### Der Eisenbahnzugsverkehr.

Eine Personenzugsverkehrsperre wie in der Zeit vom 5.—16. November ist für die nächste Zeit nicht zu erwarten. An den beiden Weihnachtsfeiertagen 25. und 26. Dezember und am 1. Januar muß der Personenzugsverkehr wie an Sonntagen eingestellt werden.

Wegen sehr schwieriger Betriebslage, verursacht durch starken Güterverkehr, Mangel an Kohlen und betriebstauglichen Lokomotiven ist die Eisenbahnverwaltung außerstande vor und nach den Feiertagen Sonderzüge oder Ergänzungszüge zu den fahplanmäßigen Personenzügen zu fahren.

Es sollten deshalb alle nicht unbedingt nötigen Reisen unterlassen werden. Auf Fahrgelegenheit kann nicht mit Bestimmtheit gerechnet werden.

#### Erweiterung des Fahrplans unmöglich.

In letzter Zeit gehen bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zahlreiche Anträge ein, in denen die Einlegung weiterer Züge für den Arbeiter-, Schüler- und Berufsverkehr und die Herstellung besserer Zugverbindungen durch die Führung weiterer Schnellzüge verlangt wird.

Bei der durch die Angst der Witterung und den schlechten Zustand der Betriebsmittel immer schwieriger gewordenen Betriebslage, dem außerordentlich gesteigerten Güterverkehr, dem großen Mangel an betriebstauglichen Lokomotiven und dem andauernden Kohlenmangel, ist die badische Staatsbahn außerstande, diesen Anträgen zu entsprechen. Die durch die Einschränkungen des Personenzugfahrplans freigewordenen Lokomotiven müssen restlos im Güterzugsdienst verwendet werden, um die Versorgung der Allgemeinheit mit den unbedingt notwendigen Lebensmitteln und die Beförderung der Kohlen, der Rohstoffe usw. einigermaßen sicher zu stellen.

Unter den jetzigen Verhältnissen stellen die im Fahrplan vorgesehenen Züge das Äußerste dar, was von der Eisenbahnverwaltung für den Personenzugverkehr geleistet werden kann. Anträge auf Erweiterung des Fahrplans haben daher keine Aussicht auf Erfüllung.

#### \* Das Ausland und die Wahrheit.

Seit Monaten und Monaten bemüht sich die neutrale Presse, und zwar gerade der Teil der Presse, der uns Deutschen nicht feindlich gesinnt ist, die deutsche Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß wir nur dann eine für uns günstige Stimmung im Auslande erhoffen können, wenn wir der Wahrheit die Ehre geben und offen und vor aller Welt jene Maß von Schuld, das die alte Regierung auf sich geladen hat, zugeben.

Nicht mehr und nicht weniger! Mit diesem Eingeständnis werde keineswegs die Schuld unserer Feinde hinweggewischt, und dieses Eingeständnis bedeute durch-aus nicht eine Beantwortung der Schuldfrage in dem Sinne, daß Deutschland nun der allein Schuldige sei. Immer wieder weist die neutrale Presse darauf hin, daß uns nichts so sehr schade, als die Verweigerung jenes Geständnisses. Man fasse im gesamten Auslande eine derartige Verweigerung als eine höchst unangebrachte Verteidigung der alten Regierung auf, als ein Bekenntnis zu ihren Methoden, als eine Fortsetzung der Politik jenes Systems, das den Zusammenbruch Deutschlands vor der Weltgeschichte und vor dem eigenen Volke zu verantworten hat.

Man versteht es nicht, daß wir von jenem System und seinen Sünden nicht noch viel energischer abtrüden. Man versteht die bei uns in Deutschland so oft gehörte und leider viel zu sehr beachtete Auffassung nicht, nach welcher wir eine bessere Behandlung zu gewärtigen hätten, wenn wir alle und jede Schuld leugneten. Man ist im neutralen Auslande demgegenüber vielmehr der Ansicht, daß ein solches Verhalten uns nur schade, weil es ganz falsche Vorstellungen erwecke, und daß uns nichts so sehr nütze könne, als das offene und ehrliche Anerkennen der nicht mehr wegzuleugnenden Tatsache.

Wir sollten die Stimmungen und Meinungen des Auslandes viel ernster nehmen, als es bisher bei uns geschehen ist. Selbst dann, wenn wir sie nach reiflicher Überlegung nicht für richtig halten können. Hier in diesem Falle glauben wir aber, daß die neutrale Presse keineswegs etwas Falsches sagt, da sie ja auf Grund ihrer viel besseren Kenntnis der Stimmungen im Auslande durchaus befähigt ist, Wahres zu berichten. Auch wir neigen der Ansicht zu, daß eine offene Anerkenntnis der Schuld unserer früheren Regierung und unseres früheren Systems draußen nur nützlich wirken kann.

Aber wir halten es doch auch für unsere Pflicht, dem Ausland kurz auseinanderzusetzen, warum wir bisher jene notorischen Tatsachen nicht zugegeben haben. Wir waren dazu nicht in der Lage, weil wir die Wahrheit in ihrem ganzen Umfange, in ihrer ganzen Bedeutung noch nicht kannten. Das Ausland ist uns in der Tat darübr voraus gewesen. Das ist übrigens weiter gar nicht verwunderlich, da es auch sonst im öffentlichen Leben oft genug vorkommt, daß Außenstehende die Mißstände einer Körperschaft viel besser kennen, als die Mitglieder dieser Körperschaft selbst. Bedauerlich und gefährlich ist ein solcher Zustand natürlich auf jeden Fall.

Unser deutsches Volk kannte also die Wahrheit in ihrem ganzen Umfange noch nicht. Aber es besaß bisher auch noch gar nicht die Möglichkeit, systematisch und mit Ernst an die Erforschung dieser Wahrheit heranzugehen. Wobei wir allerdings die Streitfrage, ob man nicht doch trotz aller Widerstände zunächst diese Frage hätte in Angriff nehmen müssen, unentschieden lassen wollen. Jedenfalls weiß das Ausland genau so, wie wir selbst, daß die entscheidende Lage, in der sich Deutschland nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen befindet, Probleme aufwarf, deren sofortige Lösung einfach eine Lebensnotwendigkeit des ganzen Volkes war. Das Treiben der Unabhängigen und Spontankräfte hat diese natürlichen Schwierigkeiten der Lage noch dermaßen verschlimmert, daß es durchaus begreiflich ist, wenn die Reichsregierung systematisch jene wichtige Aufgabe noch nicht in Angriff nehmen konnte.

Schließlich aber ist es doch für ein jedes, ehrliebende und auf seine Vergangenheit stolze Volk gewiß kein Vergnügen, die Sünden eines Systems eingestehen, das doch immerhin ein deutsches Regierungssystem gewesen ist und Männer zu Vertretern hatte, die deutsche Volksgenossen waren.

Aber wir geben zu, daß alle diese Entschuldigungen auf die Dauer nicht stichhaltig sein können, daß einmal der Zeitpunkt kommen muß, wo sie auch bei nachsichtiger Beurteilung ihre Gültigkeit verlieren. Und dann muß eben gehandelt werden.

Die deutsche Regierung hat zu handeln gewußt. Zunächst äußerte sich das darin, daß sie in der Nationalversammlung von der Verteidigung gegenüber den Angriffen der Reaktion selber zum Angriff überging und diesen Herrschaften unverblümt die Wahrheit sagte. Doch sind diese Rededuelle im Auslande weniger beachtet worden.

Viel wichtiger und bedeutungsvoller waren die Veröffentlichungen der sogenannten Kautsky-Akten, d. h. der Akten des Auswärtigen Amtes, die sich auf den Ausbruch des Krieges beziehen. Die Veröffentlichung ist erfolgt auf der Grundlage der Wissenschaftlichkeit und Gerechtigkeit. Es wurde nichts ausgelassen, es wurde nichts redigiert, es wurde nichts beschönigt. Selbstverständlich haben wir es hier nur mit der großen amtlichen Publikation zu tun, nicht etwa mit der von Kautsky selbst besorgten Auswahl, die vorzeitig von der ausländischen Presse auszugeweise abgedruckt werden konnte.

Diese amtliche Veröffentlichung ist eine völkerhistorische Tat. Und wir sind überzeugt, daß sie schon allein deshalb den besten Eindruck machen wird, weil sie zeigt, daß wir die Wahrheit nicht scheuen und bereit sind, die schwereren Fehler und offenbaren Verfehlungen des alten Systems anzuerkennen, um daraus für die Zukunft zu lernen. Die reaktionären Säbelrathler, die ja leider auch heute noch in der Öffentlichkeit genau so das große Wort führen, wie früher, werden natürlich mit dieser Publikation nicht einverstanden sein. Wir brauchen uns dadurch nicht beirren zu lassen. Und zwar um so weniger, als ein Studium der Akten wohl deutlich erkennen läßt, daß unsere damalige Politik den

**Süßelpunkt der Haltlosigkeit und Charakterschwäche, der Unbesonnenheit und Leichtfertigkeit** erklimmen hatte, andererseits aber auch den zwingenden Beweis dafür liefert, daß wir den Weltkrieg als solchen nicht gewollt haben, daß sich unsere Reichsregierung mit dem Kaiser subjektiv als die zu Unrecht Angegriffenen gefühlt haben.

Wir waren aufs schamlichste betrogen von der Wiener Regierung und waren hypnotisiert von gewissen wahnwitzigen Vorstellungen, so vor allem von der Vorstellung, der serbische Konflikt könne örtlich beschränkt werden, und England werde wahrscheinlich neutral bleiben.

Was die Randbemerkungen des Kaisers betrifft, so wäre der Nachweis zu führen, daß sie die Politik der Reichsleitung entscheidend beeinflusst haben. Dieser Nachweis wird kaum zu führen sein; er ist auch völlig überflüssig, da die Politik Bethmann Hollwegs auch ohne die etwaige Beeinflussung von Seiten des Kaisers schon an und für sich töricht und leichtfertig genug gewesen ist. Der Achtung vor der Person des Kaisers, dem monarchischen Empfinden, das auch heute noch einen Teil unseres Volkes beherrscht, müssen diese Randbemerkungen, diese ewigen Wiederholungen gemeinster Schimpfwörter („Schwein“, „Hund“, „Lügner“ und „Betrüger“ usw.), allerdings einen fürchterlichen Stoß versetzen.

Unser Volk beginnt nach und nach einzusehen, ein wie eigentümlicher Mann dieser Kaiser gewesen ist, wie lächerlich doch eigentlich sein Auftreten war, und wie fürchtbar er uns geschadet hat. Der Gewinn einer solchen Erkenntnis ist keine Unehr; im Gegenteil, er ist vaterländische Pflicht. Daß sie denen, die früher den Kaiser als den Träger einer altherwürdigen Institution geachtet und den monarchischen Gedanken auf Grund der Erfahrungen mit Männern, wie Wilhelm I. und Großherzog Friedrich I. von Baden, in ihrem Herzen hochgehalten haben, schwere innere Kämpfe bereitet hat, das ist so selbstverständlich, daß wir es hier nicht des längeren und breiteren auseinanderzusetzen brauchen.

Die deutsche Reichsregierung ist aber noch einen sehr bedeutsamen Schritt weiter gegangen. Sie hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der von der Nationalversammlung erfreulicherweise sofort und ohne jede Debatte angenommen worden ist, wonach wir in Ergänzung unserer geltenden Rechtsbestimmungen nunmehr auch das Recht haben, die von Deutschen im Ausland begangenen Verbrechen und Vergehen nach Maßgabe der bestehenden Strafgesetze zu verfolgen und zu ahnden. Wie amtlicherseits offen erklärt wurde, will die Reichsregierung daran gehen, alle die Männer, die sich während des Weltkrieges im besetzten feindlichen Gebiet gegen unsere Strafgesetze vergangen haben, vor Gericht zu stellen und zu bestrafen. Die Reichsregierung hofft, daß unsere Feinde auf die Auslieferung der von ihr als schuldig Bezeichneten verzichten wird, wenn sie sieht, daß wir selbst dabei sind, der Gerechtigkeit und dem Recht seinen Lauf zu lassen.

Weiße Schichten unseres Volkes hat auch heute noch keine Ahnung davon, was von dem neudeutschen Militarismus, von gewissen Angehörigen der früher herrschenden Klassen im besetzten Gebiet genügt worden ist. Wir sind nicht umsonst im Ausland so unbeliebt. Und der Haß auf Deutschland ist leider Gottes nicht so unbegründet, wie wir in holdem Optimismus bisher immer angenommen haben. Es handelt sich hier um sehr reale Dinge, um Handlungen und Anordnungen, die entweder geradezu Verbrechen sind, oder aber eine Rohheit und Unmenschlichkeit der Gesinnung enthüllen, die man bisher bei deutschen Männern nicht gekannt hat.

Wir empfehlen dem gesamten deutschen Volke, vor allem aber den Reaktionären, die Lektüre einer kleinen Broschüre, die vor kurzem im Verlag von Gerlach u. Co. in Dortmund erschienen ist. Sie ist verfaßt von Dr. Appens und betitelt sich „Charleville. Dunkle Punkte aus dem Stappenleben.“ Der Verfasser macht in dieser Broschüre ganz präzise Mitteilungen mit voller Angabe der Namen, und zwar Mitteilungen, die sich auf eine Reihe von Jahren erstrecken und eine Fülle von Schuldmaterial enthalten. Wenn sich nur ein Teil dieser Mitteilungen vor Gericht erweisbar machen ließe, so würde auch dieser Teil schon genügen, um unserem Volke ein abscheuliches, ekelhaftes Bild schändlicher Rohheit und vertierter Sinnlosigkeit zu enthüllen. Es ist der Geist der Stappe, der hier von einem menschlich fühlenden Herzen geschildert wird.

Unser deutsches Volk, dessen Kern auch heute noch gut und anständig ist, wird sich mit Entsetzen und Abscheu von jenen Männern abwenden, die den deutschen Namen in so unerhörter Weise beschmutzt haben. Es ist jedenfalls die höchste Zeit, daß alle diese Dinge gründlich unterjocht werden. Unser deutsches Volk in allen seinen Schichten muß wissen, wie das alte System ausgefallen hat, das die Reaktionäre wieder aufrichten wollen!

### Deutsche Nationalversammlung.

In Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfes eines Umsatzsteuergesetzes lehnt am Mittwoch namens seiner Fraktion Abg. Eichhorn (ll. C.) den Gesetzentwurf grundsätzlich ab. § 1 wird in der Ausschlußfassung angenommen.

Zu § 2 (Ausnahme von der Besteuerung) wird ein von dem Abg. Dr. Philipp (D. N.) begründeter Antrag Urstätt abgelehnt, der u. a. einen neuen Absatz zufügen will, der kleineren Unternehmungen die Entnahme von Gegenständen aus eigenen Betrieben in geringererem Umfang erlauden soll.

Zu § 3 (Befreiung der Länder und Gemeinden von der Steuer) wird ein von dem Abg. Dr. Raschig (Dem.) begründeter Antrag Waldstein angenommen, Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in bezug auf Schlachthöfe, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke von der Steuer zu befreien.

Weitere Paragraphen werden in der Ausschlußfassung angenommen.

Zu den §§ 81 und 81a begründet Abg. Kempkes (D. N.) einen Antrag wegen Herabsetzung der Inzeratensteuer auf 5 Proz. und wegen Streichung der Stafelung, sowie einen Eoventualantrag auf Herabsetzung der Stafelung.

Abg. Ruffke (Dem.) stimmt dem Antrag zu. Eine Restamendement sei ein Unfug in einem Umsatzsteuergesetz; denn die Restamendement soll doch den Umsatz fördern.

Abg. Sibow (Soz.) beantragt zu § 81a eine andere Fassung, wonach die Ermäßigung der Inzeratensteuer nach der Stafelung des Steuerauslasses für die Zeitungen ohne weitere Klausel eintritt.

Dieser Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. Dann schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung nachmittags 3 Uhr: Reichsnotopfer und anderes.

Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung steht die Weiterberatung über das Reichsnotopfer.

Es liegt ein Antrag Dr. Weder-Nieher (D. Sp.) vor, den Entwurf an den Ausschuß zurückzugeben.

Abg. Schulz-Bromberg (D. N.) erklärt namens seiner Fraktion, sie erhebe vor der Beratung der Vorlage laut ihrer warnenden Stimme und lehne jede Verantwortung für die Folgen des Gesetzes ab. Sie verlange wie bei der zweiten Lesung die Umänderung der Notopfers in eine Zwangsanleihe.

Abg. Dr. Nieher (D. Sp.) begründet den Antrag Dr. Weder-Nieher. Die Zurückweisung soll besonders den Zweck haben, auf eine Erklärung der Entente zu bringen, daß das Reichsnotopfer nicht von der Entente beschlagnahmt wird. Dem Reichsnotopfer steht eine festgeschlossene Bilanz aus Landwirtschaft, Handel, Industrie und Handwerk entgegen.

Vizepräsident Seebe teilt mit, daß zu dem Antrag Weder-Nieher namentliche Abstimmlung beantragt ist.

In der weiteren Debatte bemerkt Minister Eraberger: Die Kommission für die Vorbereitung eines internationalen Steuerrechts ist bereits an der Arbeit. Das Resultat der Sparprämienanleihe ist außerordentlich befriedigend. 80 Prozent aller Zeichnungen stammen von kleinen Leuten. Die Großkapitalisten haben sich allerdings in einer noch nicht aufklärten Weise ihrer Pflicht gegen das Vaterland entzogen. Wenn Dr. Friedberg behauptet hat, ich hätte das Gutachten des Justizministers abgelehnt, so ist dies eines alten Weibes würdig; das ist vollkommen erfunden. Korrekturen und Änderungen an dem Gutachten des Justizministers sind nicht unternommen worden. Ich weise das mit Entrüstung von mir. (Zurufe rechts.) Die preussischen Stimmen sind alle für die Einbringung des Reichsnotopfers gewesen. Nach der zweiten Lesung hat der preussische Finanzminister an mich eine Anregung gegeben, das Reichsnotopfer müsse in Kriegsanleihe gegallt werden. Das habe ich abgelehnt, weil ich sonst nicht zu Bargeld kommen würde. Gegenüber dem Treiben gewisser Kreise scheint es leichter zu sein, in diesem Hause indirekte Steuern zu verabschieden, als dem Kapital zu nahe zu treten. Dieses Treiben überschreitet wirklich alles Erträgliche. Dagegen gibt es nur ein Mittel: die Annahme des Reichsnotopfers. Beifall bei der Mehrheit, Lachen rechts.)

Abg. Dr. Most (D. Sp.) verweist auf die offensbare Uneinigkeit in der demokratischen Fraktion, deren Führer von Herrn Eraberger abtrübe (Lärm bei der Mehrheit.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Waldstein (Dem.) wird namentlich abgestimmt über den Antrag Weder betreffend Zurückweisung an die Kommission. Der Antrag wird mit 223 gegen 50 Stimmen abgelehnt, bei 1 Stimmenthaltung.

Die einzelnen Anträge werden nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit geringen Änderungen angenommen.

Damit ist das Reichsnotopfer erledigt.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Steueranleihe. Das Gesetz wird nach unwesentlicher Debatte angenommen. Es folgt der von dem Ausschuß beantragte Gesetzentwurf über die Gas- und Schantwirtschaften mit weislicher Beilegung. Das Gesetz wird mit einem Zusatzantrag der Unabhängigen in allen drei Lesungen angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr, kleinere Vorlagen, dritte Lesung der Umsatzsteuer. Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

### Politische Neuigkeiten.

#### Die Abmachungen von London.

Die französische Ministerpräsidentenschaft teilt folgende Note über die wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen von London mit: Eine Besprechung bezog sich auf die Arbeitsweise der Reparationskommission. Sie erwies die Übereinstimmung in den Ansichten der beiden Regierungen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage wurde eingehend geprüft zum Zwecke der Bekämpfung des niedrigen, beide Länder schädigenden Wechselkurses. Die britische Regierung stimmte der Aufnahme einer französischen Anleihe in England zu, deren Zeitpunkt und Höhe durch eine besondere spätere Übereinkunft zwischen den beiden Regierungen festgestellt wird. Schließlich wurde beschlossen, daß das System der Befugnisse zur Ausfuhr der Kohlen vorläufig um einige Tage verlängert werden soll, um die Frage neuerdings zu prüfen.

Die Pariser Presse setzt ihre Betrachtungen über das Ergebnis der Reise Clemenceaus nach London fort. Bertinay sagt im „Echo de Paris“, 2 Änderungen seien sicher gestellt: 1. die interalliierte Militäraktion, deren Präsident Marschall Foch sein werde, werde aufrecht erhalten. Sie habe zur Aufgabe, die Arbeiten der verschiedenen Militärkommissionen, die in Deutschland tätig seien, zu übernehmen. 2. Es sei wahrscheinlich, daß England annehmen werde, mit Frankreich einen Garantievertrag zu zeichnen. Hinsichtlich der allgemeinen Fragen sagt Bertinay, man glaube, daß die Amerikaner dennoch nach längerer oder längerer Frist ratifizieren werden. Aus dieser Sachlage habe man die erforderlichen Folgerungen gezogen: 1. dadurch, daß man den englisch-französischen Garantievertrag nicht revidieren will, um ihn unabhängig vom Völkerbund zu machen; 2. dadurch, daß man das abstrakte Problem verlagert wird; 3. dadurch, daß man die Prüfung des russischen Problems auf das kommende Frühjahr verschiebt und 4. dadurch, daß man das Problem der Meerengen mit dem der asiatischen Türkei und Konstantinopels ebenfalls aufschiebt.

### Protest bayerischer Eisenbahner.

Die vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals (Verband des Deutschen Verkehrspersonals, des bayerischen Verkehrspersonals, des bayerischen Verkehrspersonals), haben nach der „Augsb. Abendztg.“ einen Protest erlassen, in dem es heißt:

In den letzten Tagen sind Nachrichten in die bayerische Beamtenenschaft gedrungen, wonach in Berlin dem einmütigen Verlangen der Beamten und Arbeiter der Verkehrsverwaltung nach einer mit bestimmten selbständigen Befugnissen ausgestatteten bayerischen Verwaltungsstelle entgegengehandelt wird. Die bayerischen Verkehrsbeamten sollen unter ausschließlicher Diktatur des Reiches gestellt werden. Jene Männer, die in Preußen und im Reich sich mit einer derartigen Absicht tragen, mögen sich der Tragweite der Verantwortung bewußt sein. Sie scheinen die Stimmung der bayerischen Verkehrsbeamten und Arbeiterschaft entweder nicht zu kennen oder sie bewußt über unbewußt zu unterschätzen. Sie seien hiermit vor einer kurzfristigen Gewaltpolitik gewarnt. Die Organisationen fordern die Stimmung der bayerischen Verkehrsbeamten und Arbeiterschaft, daß keine bedeutenden Schritte ohne die Mitwirkung der von Bayern in den bayerischen Ausschüssen entsandten Vertreter unternommen werden.

### Österreich.

Gestern vormittag erschien beim Staatskanzler Dr. Menner ein Beamter des Obersten Rates, um ihm eine von Clemenceau unterzeichnete Note zu überreichen. Der Beamte bemerkte hier, daß die in dieser Note wiedergegebenen Entschlüsse spontan und aus eigener Überzeugung gefaßt und schon beim Erscheinen des Staatskanzlers beim Obersten Rat festgesetzt worden seien. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Herr Staatskanzler!

Die Aufmerksamkeit der a. und a. Mächte wurde auf gewisse Agitationen gelenkt, die von verschiedenen Seiten den Zusammenhalt und sogar die Integrität der österreichischen Gebiete bedrohen. Die vom Sorarberger Landtag bei der Wiener Regierung unternommenen Schritte, ihm das Selbstbestimmungsrecht anerkennen zu lassen, sollen mit jener Bewegung zusammen, die sich dahin richtet, sei es den Bezirk von Salzburg, sei es Tirol in den Wirtschaftsbereich benachbarter Staaten einzugliedern. Ebenso wie die in einigen westlichen Komitaten Ungarns hervorgerufene Bewegung zur Veranlassung eines Plebiszits, das in diesen Gegenden nicht vorgesehen ist. Die a. und a. Mächte sind der Ansicht, daß, wenn die trennenden Kräfte in irgend einem dieser Punkte zum Durchbruch gelangen sollten, das den völligen Zerfall des österreichischen Staates nach sich ziehen und das Gleichgewicht Mitteleuropas gefährden könnte.

### Salzburg wünscht den wirtschaftlichen Anschluß an Bayern.

Der Salzburger Landtag nahm einstimmig den Antrag an, durch den die Landesregierung beauftragt wird, durch die Staatsregierung an den Obersten Rat in Paris das Ersuchen zu richten, den wirtschaftlichen Anschluß an das bayerische Wirtschaftsgebiet zu ermöglichen. In der Debatte hielten sich Vertreter aller Parteien für den Antrag ausgesprochen.

### Kleine Nachrichten.

Die Auslieferungsbestimmungen. „Telegraph“ meldet aus London: Churchill teilte im Unterhaus mit, daß Deutschland den Bestimmungen des Waffenstillstandes zufolge noch ausliefern müsse: 5000 Geschütze, 25 000 Maschinengewehre, 300 Aufgrabenmörser, 1700 Flugzeuge. Von Eisenbahnmaterial sei noch auszuliefern: 43 Lokomotiven und 460 Waggons. — Ein parlamentarischer Mitglied fragte den Minister, ob er nicht bestimmen könne, daß keine deutschen Spielwaren eingeführt werden dürfen, bevor Deutschland alle Maschinen ausgeliefert habe. Churchill antwortete, er sei der Ansicht, daß Deutschland bis zum Äußersten bemüht war, die schweren Bedingungen, die ihm auferlegt wurden, auszuführen.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung. Der interfraktionelle Ausschuß der Nationalversammlung beschloß, zwischen dem 13. und dem 17. Januar 1920 das Betriebskräftengesetz zu erledigen. Hierauf wird eine Pause in den Plenarverhandlungen bis Mitte Februar eintreten, während die Ausschüsse weiterarbeiten werden. Der Ministerrat wird zu dem Beschluß noch Stellung nehmen.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung wurde ein Nachtragsetat von 300 Millionen Mark angenommen zum Zweck der Durchführung des Elektrizitätsgesetzes. Ferner wurde außerordentlich die Summe für eine 50prozentige Erhöhung der Feuerungszulagen der Reichsbeamten bis zur Fertigstellung der Besoldungsordnung bewilligt.

Möglichkeit revolutionärer Erhebungen? In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung erklärte der Minister des Innern Heine u. a.: Was die äußerste Linke anbelangt, so müssen wir mit der Möglichkeit revolutionärer Erhebungen in diesem Winter rechnen. Aber wir werden ihnen zu begegnen wissen.

Kein Steuerprivileg der Beamten mehr. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Das bisher bestehende Steuerprivileg der Beamten wird nach dem Inkrafttreten der neuen Steuergeetze in Fortfall kommen. Zudem wird damit eine Verschlechterung der penaliären Verhältnisse der Beamten nicht verbunden sein, denn die Beamtenbesoldungsreform dürfte eine so wesentliche Erhöhung der Beamtengehälter ergeben, daß ein Ausgleich für das in Fortfall kommende Steuerprivileg gegeben ist.

### Badische Ueberlicht.

#### Badischer Landtag.

oc. Einige Mitglieder der Zentrumsfraktion des Landtags haben eine förmliche Anfrage eingebracht, folgenden Wortlauts: Ist der badische Volksregierung bekannt, daß die Rentenempfänger, die Hinterbliebenen von Eisenbahnarbeitern sich in bitterer Notlage befinden? Was gedenkt die Regierung zur Milderung der Notlage zu tun? Ist die Regierung insbesondere bereit, die Beschäftigungsbeihilfe entsprechend einem einmütigen Beschluß der außerordentlichen Ausschußsitzung der Arbeiterpensionskasse, wie den Pensionären und Hinterbliebenen der Beamten auch den Renteneempfängern dieser Klasse und den bezugsberechtigten Hinterbliebenen zu gewähren?

### Tagung des südwestdeutschen Kanalvereins in Mannheim.

Der südwestdeutsche Kanalverein hielt dieser Tage seine Hauptversammlung in Mannheim ab und hatte auf nachmittags

am 4. Uhr zu einer Versammlung in die Kunsthalle eingeladen. Kommerzienrat Engelhard, der Vorsitzende der Handelskammer, begrüßte in deren Namen die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der badischen und württembergischen Regierungen und sagte laut „B. B.“ u. a. folgendes: Großzügigkeit und Weisheit hatten den Mannheimer Handel groß gemacht, heimliche Bedenken, ob der Kanalbau nicht einen Teil des Verkehrs von Mannheim wegnehme, würden sich mit diesen Eigenschaften nicht vertragen. Verkehr bringe wieder Verkehr. Württemberg habe auf einen Großschiffahrtsweg Anspruch. Die neue wirtschaftliche Lage mache aber die Notwendigkeit einer Rhein-Donau-Verbindung ganz besonders dringlich. Im Weiteren entwickelte der Redner Zukunftspläne über künftige Wasserstraßen und Wasserverbindungen, worin er hervorhob, daß Frankreich bald bis an den Bodensee vorgedrungen sein werde und sich die Schiffbarmachung der Donau notwendig erweisen würde.

Daran schloß sich ein Vortrag des Direktors der Firma Grün u. Wülfinger, Baurat Böhmer, über „Der Rhein-Donau-Kanal und die Redarwasserkräfte“, in dem Redner die Vorteile der Rhein-Donau-Verbindung gegenüber der Rhein-Main-Donau-Verbindung eingehend begründete und besonders die geringe Entfernung, geringere Schleusenanzahl, geringere Baukosten, kürzeren Überlandkanal und die Gewinnung beträchtlicher Wasserkraft hervorhob.

Als Vertreter der württembergischen Regierung machte Minister des Innern Heymann von einer Entschädigung seiner Regierung Mitteilung, in der es heißt, daß die Rot der Zeit die Verwirklichung einer Großschiffahrtsstraße des Redars von Mannheim bis Pfödingen, die Nutzbarmachung der schon allzulange brachliegenden Wasserkraft auf dieser Strecke gebietet. Dieser erste Abschnitt müsse in nicht zu fernem Zukunft in Verbindung mit der bis Iller schiffbar zu machenden Donau hergestellt werden. Die württembergische Regierung begrüße die lebhafteste Tätigkeit des südwestdeutschen Kanalvereins.

Arbeitsminister Müller, als Vertreter der badischen Regierung, erklärte, daß Baden heute den in Frage stehenden Plänen aufs freundlichste gegenüberstehe. Für die Arbeitslosen würde produktive Arbeit gefunden, Wasserkraft gewonnen werden, um Industrie und Volk lebensfähig zu halten. Der Minister erwähnte dann noch, daß die uns verlebene Rheinstraße von Basel bis Konstanz für uns erschlossen werden müsse. Das Kanalprojekt stelle das schönste Zeichen von der starken Lebensfähigkeit des deutschen Volkes dar.

Nationalversammlungsmittglied Oskar Geß hob besonders bei dem Kanalprojekt die Gewinnung von Wasserkraft hervor und wies auf das gefährliche Mainprojekt hin, das Bayern bei der Reichsregierung durchzuführen versuchen werde. Bayern müsse jedoch gezeigt werden, daß das Redarprojekt für Bayern weit vorteilhafter ist als das Mainprojekt. Bürgermeister Wals-Heidelberg sagte die Unterstützung des Planes durch Heidelberg zu. Der Vorsitzende des südwestdeutschen Kanalvereins Geß, Hofrat Brudmann-Heilbronn führte an, daß der Kanalverein gegründet worden sei, um den Regierungen Material dieser wichtigen Frage zu schaffen. Er lege sich nicht auf einen bestimmten Ausführungsvorschlag fest und betonte, daß Baden an dem Rhein-Donau-Kanalprojekt ebenso interessiert sei wie Baden und Württemberg. Geheimrat Professor Rehdorff-Karlsruhe bezeichnete das Projekt von Grün u. Wülfinger als eher zu großartig als zu wenig vorzuschauen. Wenn man den 1200 Tonnen-Schiffstyp zugrunde lege, müsse man diesen für ganz Deutschland propagieren. Es seien viele neue und gute Ideen in dem Projekt.

Handelskammerpräsident Dr. Klaußner beantragte, die Versammlung als Ortsgruppe des Kanalvereins zu bilden, woraus sich ein kräftiger Landesverband entwickeln möge. Der Vorsitzende der Versammlung, Kommerzienrat Engelhard, stellte in seinem Schlusswort fest, daß der Verein mit seiner heutigen Tagung aus dem Stadium der Vorbereitung in das der Tat eingetreten sei und schloß mit den Worten der Tagung: Wie Mannheim einst auf Befehl eines französischen Generals niedergegriffen und doch wieder zu einem blühenden Gemeinwesen erstand, so werde auch Deutschland wieder erstehen.

Wenig fand im Rosenpark eine Zusammenkunft der Versammlungsteilnehmer statt.

In der Kunsthalle selbst hat der südwestdeutsche Kanalverein eine umfassende Ausstellung seiner Pläne veranstaltet. Die bedeutendsten Firmen des Wasserbaus und der Schiffbau haben Pläne und Projekte ausgestellt. Wasserbau und Schiffbau werden in Bildern und Modellen gezeigt durch den Verein Stuttgart. Der Kanalverein selbst ist mit seinen Detailplänen des Rhein-Donau-Donau-Kanals von Mannheim bis zur Donau und zum Bodensee vertreten.

### Der Bad. Bauernverein zur Zwangswirtschaft und Kriegsleihe.

Die Tätigkeit des Badischen Bauernvereins während der letzten Jahre und insbesondere im Jahre 1919 wird in einem eigenen Kapitel des kürzlich erschienenen Jahresberichts des Vereins eingehend besprochen. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, daß der Bauernverein, obwohl Gegner der Zwangswirtschaft dem äußersten Drude folgend, deren Notwendigkeit anerkannte, da während des Krieges, durch die Blockade hervorgerufen, eine öffentliche Bewirtschaftung nicht zu umgehen war. In dem Bericht werden Dokumente veröffentlicht, aus welchen hervorgeht, daß der Bauernverein stets auf die Mängel hingewiesen hat, die sich bei der Zwangsbewirtschaftung gezeigt haben, woraus sich ergibt, daß der Vorwurf, der Bauernverein sei mit der Regierung durch die und dünn gegangen, ungerechtfertigt ist.

Zum Verhalten gegenüber den Kriegsleihe heißt es wörtlich: Wir haben in Versammlungen und im Vereinsblatt für die Forderung der Kriegsleihe geworben. Zunächst ist aber festzustellen, daß eine Bekämpfung der Kriegsleihe außer jedem Mäßigkeitsbereich lag, so daß selbst in dem Falle, daß der Bauernverein überzeugt gewesen wäre, seinen Mitgliedern einen schlechten Dienst zu erweisen, er nicht die Mäßigkeit gehabt hätte, seine ablehnende Stellungnahme zur Geltung zu bringen. Aber diese Überzeugung hatte der Bauernverein nicht, sondern er war mit allen Kräften der Bevölkerung, mit allen Berufsständen, mit allen Kreisen in Stadt und Land der Ansicht, daß die Kriegsleihe geeignet werden mußte, daß ein Verfall der Heimat schwere Katastrophen für unser Vaterland heraufbeschworen hätte. Wir haben das getan, was auch diejenigen getan haben, die uns den Vorwurf machen und die sich nicht schämen, hinterher eine Maßnahme zu kritisieren und als lächerlich und verächtlich hinzustellen, die sie selbst zu der gegebenen Zeit als richtig erkennen mußten.

### Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

oc. Mannheim, 18. Dez. In einem der letzten Abende wurde ein verheirateter Kaufmann von Frankenthal durch 5 unbekannte Burschen überfallen. Sie hielten dem Kaufmann einen Revolver vor und nahmen ihm eine braune Lederhandschuh mit 130 000 M. Bargeld gewaltsam weg. Der Überfallene war von einem der fünf Täter, einem angeb-

lichen Platinhändler, an den etwas abgelegenen Ortort gelockt worden. Das Geld sollte als Zahlung für das zu liefernde Platin dienen.

oc. Badstätt, 17. Dez. An der Grenze blüht augenblicklich besonders der Pferdehandel. Mehrfach konnten Pferde beschlagnahmt werden, die nach der Schweiz verbracht werden sollten. In einem Falle ließ ein Schmuggler zwei Pferde im Stich und flüchtete.

oc. Konstanz, 17. Dez. Wie gefährlich oft schwarzgeschlachtetes Fleisch ist, ergab die Fleischschau von 17 Pfund Schweinefleisch und sechs Pfund Kalbfleisch, das im Bezirk Pfundersdorf beschlagnahmt worden war. Es wurde festgestellt, daß das Schweinefleisch von ein Rotlauf erkrankten Schweinen herrührte und das Kalbfleisch von einem Tier stammte, das ebenfalls erkrankt war. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Genuß des Fleisches die schwersten gesundheitlichen Schäden hätte zur Folge haben können. Die Staatsanwaltschaft hat die weitere Verfolgung der Angelegenheit übernommen.

oc. Konstanz, 18. Dez. Ganz gefasene Strafen sprach das Schöffengericht in seiner letzten Sitzung wegen Schwarzschlächterei aus. Auf der Anklagebank saßen zwei Landwirte, ein Metzger und ein Fuhrhalter, die die Schwarzschlachterei von zwei Kälbern, einer Kuh, und einem Ochsen vorgenommen oder begünstigt hatten. Der Metzger Bonit wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem erhielt jeder der Angeklagten 100 Mark Geldstrafe und der Erlös des beschlagnahmten Fleisches und der Güter von etwa 3000 Mark, sowie ein Wagen und ein Pferdegeschirr wurden eingezogen.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Nr. 79 des Badischen Gesetzes, und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Ministeriums des Innern: die Verwendung des Reiterlöses aus den Gütern von Schlachtvieh und Schlachtpferden betreffend; des Arbeitsministeriums und des Ministeriums des Innern: Ausführungsbestimmungen zur Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1371)

B.C. Der Jahresbericht des Badischen Bauernvereins, der jetzt erschienen ist, enthält neben dem alljährlichen Bericht, der die vier Abteilungen umfaßt: Bauernvereins-Organisation, Zentral-, Bezugs- und Absatzgenossenschaft, Badische Bauernbank, Genossenschaftsverband noch einen kurzen Bericht, worin die Tätigkeit des Badischen Bauernvereins während der letzten Jahre zusammengefaßt wird. Der Bauernverein redigiert darin insbesondere seine Stellungnahme zur Zwangswirtschaft und zur Kriegsleihebeziehung.

B.C. Mannheim, 15. Dez. In Mannheim hat sich eine Vereinigung von Kunstfreunden zu einer S. u. B. zur Herausgabe der „Badischen Blätter für Kunst und Literatur“ zusammengeschlossen. Die Leitung des technischen Teiles hat Ernst Grüner in Mannheim, als Herausgeber gewählt Karl Eberst. Damit ist Baden im Besitze einer eigenen illustrierten Halbmonatsschrift für Theater, Musik, Literatur und bildende Kunst.

oc. Mannheim, 16. Dez. Der Streik bei Brown, Boverie & Co. hatte in einer außerordentlichen Schöffengerichtssitzung ein Nachspiel. Angeklagt waren 10 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Es handelte sich um die Differenzen der freigewerkschaftlichen Arbeiter mit dem christlich organisierten, in deren Verlauf von den freigewerkschaftlichen verschiedene Anmerkungen getan wurden, die die Staatsanwaltschaft als Nötigung ansah, da man die christlichen Arbeiter gezwungen hatte, die Arbeit niederzuliegen. Vier Angeklagte wurden zu Geldstrafen von 100, 50 und 30 Mark verurteilt, die übrigen sechs wurden freigesprochen.

oc. Rehl, 14. Dez. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des bestellten Teils des Amtsbezirks Rehl haben bei einer kürzlich hier stattgefundenen und zahlreich besuchten Versammlung eine Interessengemeinschaft gebildet und sich nach einstimmigem Beschluß dem Reichsverband der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, — Gau Baden — angeschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Ingenieur Klaußner gewählt.

oc. Heidelberg, 18. Dez. Die auf dem städt. Hofgut Reidsbach stehende 60 000 Carben fassende Feldscheune ist durch Feuer vollständig zerstört worden. Der Schaden wird auf über 200 000 M. geschätzt. Außer Oaser und Feldfrüchten sind weit über 100 Jentner Erbsen, Rinsen und Weizen mitverbrannt.

oc. Heidelberg, 18. Dez. Auf Einladung verschiedener Interessenten untersuchte der bekannte Rutenforscher v. Lepel das Gelände bei Biegelhausen und stellte eine warme Solequelle mit hohem Salzgehalt und eine starke radioaktive Thermalquelle fest, außerdem eine Trinkwasserquelle. Die Gründung eines Sanatoriums zur Erschließung der Quellen ist in die Wege geleitet.

oc. Bruchsal, 14. Dez. Hier fand eine Versammlung der Vorstandsmitglieder der Metallgießerei-Verbände von Baden und Württemberg statt, welche sich zu einem großen Verband „Südwestdeutscher Metallgießereien“ zusammengeschlossen haben.

B.C. Freiburg, 16. Dez. Zum Rektor der Universität für das Studienjahr Ostern 1920/21 wurde der ordentliche Professor der Volkswirtschaftslehre, Geh. Hofrat Dr. Karl Diehl gewählt.

oc. Vörsach, 18. Dez. Schweiz. Blätter melden, daß infolge Erschöpfung des von der französischen Regierung gewährten Kredits die Gasenarbeiten bei Säunigen eingestellt und die Arbeiter entlassen worden sind.

### Aus der Landeshauptstadt.

oc. Der hiesige Bezirksverein des Verbandes der Stationsvorsteher und Betriebsassistenten der bad. Staatsbahnen besaßte sich in eine sehr stark besuchten Monatsversammlung mit der Frage des Austritts aus dem Beamtenbund und beschloß beim Verbandsvorstand zu beantragen, innerhalb 14 Tagen eine Landeskonferenz hierwegen einzuberufen und dabei den geschlossenen Übertritt zum Verband des deutschen Verkehrspersonals vorzuschlagen. Der Bezirksverein Heidelberg hat ähnliche Beschlüsse gefaßt.

### Badische Zeitungsstimmen.

(Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein echtes Bild geben von den Meinungen und Ansichten, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

#### Die Treibereien der Reaktion von rechts.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Billinger Volksblatt“: „Draußen und drinnen ist die Lage wenig erfreulich, wo wir jetzt in den harten Winter hineinschreiten. Wir sind uns bewußt, daß dieser Winter sicherlich nicht leichter, wahr-

scheinlich aber härter und schwerer werden muß, als die vergangenen Kriegswinter und doppelt schwer wird darum jede weitere Komplizierung der ohnehin bedrängten Lage von uns empfunden. Im Innern hat das unbedachte Aufbegehren einer urteilslosen Gefolgschaft reaktionärer Extremisten wieder eine Atmosphäre der Unruhe und des Mißtrauens geschaffen, die äußerst unerwünscht ist und das Emporspringen weiterer Verwicklungen begünstigt. Wir wissen nicht, ob in den Kreisen der monarchistischen Rechten einige Leute sich wirklich mit Plänen monarchistischer Putschversuche tragen, in das politische Verständnis und in die Vaterlandsliebe der maßgebenden Faktoren in den Reaktionsparteien glauben wir aber das Vertrauen setzen zu dürfen, daß schon von dort aus jedem Aufblättern reaktionärer umstürzlerischer Begierde entgegen gewirkt wird. Auf der Rechten muß sich jeder einsichtige Politiker sagen, daß selbst ein geblühter monarchistischer Putsch für unser Vaterland die verheerlichsten Folgen haben muß und daß ein Sieg der Reaktion nur von kurzer Dauer sein könnte. So wie die Dinge heute in Deutschland liegen, wird keine Regierung und keine Diktatur sich gegen den passiven, geschweige den aktiven Widerstand der Arbeiterschaft behaupten können. Und ohne Übertreibung darf wohl festgestellt werden, daß nahezu die gesamte deutsche Arbeiterschaft reaktionäre Experimente mit schärfster Entschiedenheit ablehnt. Die Errungenschaften der Demokratie wird sich die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes nicht mehr entwinden lassen, wenn auch in weiten Kreisen der Unzufriedenheit und Wille besteht, auf verfassungsmäßigem Wege manche Mißstände, die sich im Wirrwarr und unter den Nachwehen der Revolution herausgebildet haben, wieder zu beseitigen. Gemeinut des ganzen Volkes muß heute die Erkenntnis und der Wille sein, daß die Verfassung respektiert werden muß, nur so werden wir aus unserer inneren Verdrängnis herauskommen, nur so werden wir im Lande wieder Ruhe und Ordnung schaffen. Die Folge des leichtfertigen nationalitätlichen Hummers ist die unruhige Agitation, die jetzt wieder von der äußersten Linken landauf, landab gegen die befürchtete Reaktion getrieben wird. Die Stimmung, die dadurch erzeugt wird, ist wahrlich nicht geeignet, uns über die schwereren Sorgen der Gegenwart hinwegzuhelfen und die Voraussetzungen zu schaffen, die für die Bewältigung der großen und gestellten Aufgaben vonnöten sind. Jene Kreise, die so gern mit Gewalt die deutsche Geschichte seit dem 9. November v. J. rückgängig machen möchten, sollten nicht vergessen, daß wir ein besitztes Volk sind und nicht mehr die Kraft besitzen, um auch Unrecht, das uns geschieht, mit Gewalt zu sühnen. Es ist zu billig, sich heute an starken Worten zu erheben und mit großen Gesten sich eine Macht vorzuführen zu wollen, die im höchsten Gegenstand zur Wirklichkeit steht. Insbesondere muß immer davor gewarnt werden, den Maßstab, den der einzelne im hohen Sinn an sein Tun und Lassen legen darf, an das Handeln und Lassen eines Millionenvolkes anzulegen. Eine Regierung, die für das Wohl und Heile eines 60 Millionen-Volkes verantwortlich ist, darf in der Not nicht nach Impulsen, sondern muß nach nüchternen Berechnung der harten Wirklichkeit handeln. Das gilt auch für die Bewältigung der Schwierigkeiten, die sich neuerdings wieder dem halben Weltbevölkerung des Friedens entgegenstellen haben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Unstimmigkeiten, die im Lager unserer Gegner offen zu Tage getreten sind, nicht ohne weiteres zu unseren Gunsten ausgenutzt und ausgemerzt werden können. Vor allem haben wir aus den Wahlen gestärkt hervorgegangenen natl. christlichen Frankreich gegenüber heute sicherlich keinen leichten Stand als bisher und wir werden wohl noch manche trübe Stunde durchleben müssen, ehe wir endlich sagen können: Nun ist Friede!“

### Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat auf den Zeitpunkt des Dienstantritts den vortragenden Rat beim Ministerium des Innern und Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden Geheimen Oberregierungsrat Otto Fied zum Direktor des Verwaltungshofes ernannt.

Das Staatsministerium hat unterm 2. Dezember d. J. den Oberstaatssekretär Otto Stetter in Eßlingen zum Bahnverwalter ernannt.

Das Staatsministerium hat zurückgesetzt: unterm 30. Aug. d. J. den Oberbaufeldrat Karl Schilling in Eberbach auf 1. Oktober d. J.

Das Ministerium des Innern hat unterm 20. November d. J. den Verwaltungsaktuar Wilhelm Werner in Schwetzingen dem Bezirksamt Schwetzingen beigegeben.

Mit Entschließung des Ministeriums der Finanzen vom 10. Dezember d. J. wurde dem Bahnverwalter Otto Stetter das Stationsamt I Eßlingen übertragen.

Die Generaldirektion der Staatsbahnen hat versetzt unterm 27. Mai d. J. den Oberbahnhofssekretär Karl Kamenstein in Offenburg nach Karlsruhe, unterm 18. November d. J. den Eisenbahnschreiber Georg Auh in Karlsruhe nach Basel, unterm 21. November d. J. den Eisenbahnschreiber Fridolin Enderle in Eßlingen nach Offenburg, unterm 21. November d. J. den Eisenbahnschreiber Karl Kirlein in Oppenau nach Schiltach, unterm 21. November d. J. den Eisenbahnschreiber Karl Widbreth in Schiltach nach Offenburg, unterm 22. November d. J. den Eisenbahnschreiber Wenden im Glaser in Rastatt nach Karlsruhe.

### Den juristischen Vorbereitungsdienst betr.

Auf Grund der von ihr abgelegten ersten juristischen Prüfung ist die Rechtsanwältin Dr. Marie Weingart aus Mannheim als Rechtspraktikantin aufgenommen worden.

Karlsruhe, den 12. Dezember 1919.

Justizministerium.

Der Ministerialdirektor:

Duffner.

Reyer.

### Bekanntmachung.

In Heidelberg soll im Bergheimer Viertel eine neue Apotheke errichtet werden. Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind binnen 4 Wochen unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 9. Dezember 1919.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

J. B. Wilhelm.

Braun.

**E. Büchle** Kunsthandlung und Rahmenfabrik  
Karlsruhe, Kaiserstraße 128 zwischen Wald- und Karlstrasse  
**Wandbilderschmuck**  
Inh. W. Bertsch Bildereinrahmungen

